

# Vom Traum, die fremde Realität zu sehen

Fotografien aus Tirana oder der Versuch, ein Land als Reisender neu zu begreifen. Thomas Krempke stellt in der Galerie Kriens aus.

Susanne Holz

So viel Schnee bedeckt das Gesicht dieser steinernen Statue von Lenin, dass man die Ikone des Kommunismus kaum mehr erkennt. Die Fotografie des verschneiten Lenin hat etwas Absurdes – ähnlich absurd wirken die vielen Lenin-Büsten, gedrängt auf einem Fleck in der albanischen Nationalgalerie, die auf einem weiteren Bild dieser Ausstellung in der Galerie Kriens zu sehen sind. Die Fotos sind von Thomas Krempke, Filmer und Fotograf, geboren 1957 in Zermatt. Und der Schnee auf dem steinernen Lenin ist auch insofern eine schöne Einleitung in diesen Ausstellungsbericht, weil Krempkes Work in Progress, den die Galerie Kriens hier zeigt, mit «Es regnet in Tirana» betitelt ist.

Schnee, Regen – beides verbindet man eher nicht mit dem im Südwesten des Balkans gelegenen Albanien. Und es ist gut, dass man als Betrachter hier überrascht wird, denn Fotograf Thomas Krempke will Klischees in Frage stellen. «Wie setzt man ein Fragezeichen hinter eine Fotografie?» Bei einem Rundgang durch die Ausstellung, eine Art Zwischenhalt in seinem fotografisch-literarischen Langzeitprojekt, erklärt Thomas Krempke: «Es ist erstaunlich, wie lange man braucht, um vorgefasste Bilder auszublenden.» Vorgefasste Bilder, die man sich von fremden Ländern gemacht hat. Die sich festgesetzt haben.

## Migration und Tourismus – zwei Träume kreuzen sich

Seit 2019 arbeitet Thomas Krempke an dem fotografisch-literarischen Langzeitprojekt «Ëndërr! – Vom Versuch, Albaner zu werden». Für dieses Projekt hat er ein Stipendium der Stiftung Landis & Gyr erhalten.



Kein Statement mehr für Kommunismus: Rot als Ja zu Mode und Moderne im heutigen Albanien. Bild: Philipp Schmidli (Kriens, 27. Januar 2022)

«Ëndërr» ist Albanisch und heisst Traum. Krempke denkt hier an den Traum vom Weggehen und Verreisen, in beide Richtungen, also an Migration einerseits und touristische Reise andererseits. Und dort, wo sich beide Träume kreuzen, möchte der Fotograf Vorstellungen- und Bildwelten ausloten.

Thomas Krempke, der Germanistik und Romanistik an der Universität Zürich studiert hat

und anschliessend die Fotoklasse der Kunstgewerbeschule Zürich (heute ZHdK) absolvierte, möchte sein Projekt 2023 mit Ausstellungen in der Schweiz und in Albanien abschliessen – und mit einem Buch. Die Worte des polnischen Schriftstellers Andrzej Stasiuk waren es auch, die ihn vor ein paar Jahren animierten, nach Albanien zu reisen: «Albanien ist Erschöpfung. Erholung gibt es nicht, weil man

niemals allein ist. Sogar in dem klimatisierten, stillen, leeren Hotel ist die Einsamkeit nur Trug, weil man sich in Gedanken mit ihm, mit Albanien, beschäftigt.»

Zweimal bereiste Krempke 2020 das südosteuropäische Land, 2021 kehrte er viermal dorthin zurück. Zudem erlernt er die Sprache, wovon in der Ausstellung in Kriens ein Video und ein Tischchen mit symboli-

schon Lernzetteln zeugen. «Ich will mir das Kostüm dieser schwer zugänglichen Sprache überziehen, mich verkleiden, und ein Stück weit Albaner werden, um nicht mehr nur als Tourist im Land unterwegs zu sein, sondern als Reisender.» Und ist er sie nun losgeworden, die vorgefertigten Bilder? Dem Besucher in Kriens schenkt Krempke mit seinen an einer albanischen Wäscheleine angebrachten

«Es ist erstaunlich, wie lange man braucht, um vorgefasste Bilder, die man sich von anderen Ländern macht, auszublenden.»

**Thomas Krempke**  
Filmer und Fotograf

Fotografien vielfältige Eindrücke eines armen und nach einer Zukunft strebenden Albanien. Mit heruntergekommenen Bauten und mit Neubauten, mit bunter Werbung für Dentalhygiene und einer einsam grasenden Kuh vor Hochhäusern. Mit einem Marktstand voller alter kommunistischer Bücher und einem jungen Mann vor grossem neuen Auto.

Parallel zur Ausstellung erscheint übrigens die Publikation «Shi bië në Tiranë» in einer Auflage von 200 Ausgaben. Sie kann auf der Website von 957 Independent Art Magazin oder per Mail bei Herausgeber Stephan Wittmer bestellt werden.

## Hinweis

Thomas Krempke «Es regnet in Tirana». Ein Work in Progress zum fotografisch-literarischen Langzeitprojekt «Ëndërr!». Bis 6. Februar 2022 in der Galerie Kriens. Finissage am Sonntag, 6. Februar, 15 Uhr, mit der albanischen Schriftstellerin Luljeta Lleshanaku. Öffnungszeiten: Mi/Sa/So 14–18 Uhr. [www.galerie-kriens.ch](http://www.galerie-kriens.ch)



Wochenkommentar zur akuten Kriegsgefahr in Osteuropa – und wie die Schweiz davon betroffen ist

## Putins Panzer lassen den Bundesrat gleichgültig

Die Szene ist typisch für die aktuelle Sorglosigkeit vieler Schweizerinnen und Schweizer: «Nein, über die Bedrohung des Friedens in Europa haben wir nicht gesprochen», sagt ein Nationalrat, der aus einer Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission kommt. Man stelle sich das mal vor: Jenes Gremium, das sich Gedanken über die Sicherheit des Landes macht, spricht über die Fähigkeiten zur Bewältigung von klimabedingten Naturgefahren sowie über die Schaffung eines ständigen operativen Führungsstabes auf Bundesebene. Doch eine der grössten Bedrohungen des Friedens in Europa ist kein Thema!

Dabei haben wir jeden Grund, unsere Aufmerksamkeit nach Osten zu lenken. Bereits stehen an die 120 000 bis auf die Zähne bewaffnete russische Soldaten an der Grenze zur Ukraine. Es sieht nicht danach aus, als handle es sich um Sandkastenspiele eines alternden Diktators. Der Aufmarsch, den Wladimir Putin befohlen hat, ist beispiellos in der jüngeren

europäischen Geschichte. Und die Drohkulisse wird täglich imposanter. Russland will das Rad der Zeit um 30 Jahre zurückdrehen. Alle kleinen und mittleren Staaten im östlichen Europa, vom Baltikum, über Polen bis in die Ukraine, die einst entweder zur Sowjetunion gehörten oder wie Satelliten um sie kreisten, sollen de facto zurück in den Schoß von Vätern Russlands geholt werden. Das Selbstbestimmungsrecht freier Nationen soll ausgehebelt, alte Einflusszonen sollen wiederhergestellt werden.

Die Forderungen sind aus völkerrechtlicher Sicht unhaltbar. Sie widersprechen Verträgen, die Moskau nach dem Ende des Kalten Kriegs selbst unterzeichnet hat. Und sie laufen der UNO-Grundrechtscharta zuwider. Das alles kümmert Putin freilich nicht. Er setzt seine Kanonenbooterpressungsdiplomatie fort. Der Knüppel in seiner Hand wird immer dicker.

Nun, man könnte sich als Bewohner des Alpenvorlandes ja beruhigt zurücklehnen, wenn dem aggressiven

russischen Bär wenigstens westliche Verbände gegenüberstünden, die ein Abschreckungspotenzial entfaltet. Doch weit gefehlt. Europa hat auf Diplomatie gesetzt. Seine abgemagerten Armeen hocken in den Kasernen. Die Nato ist, das vermögen Meldungen über Truppenverschiebungen nicht zu kaschieren, nicht bereit. Immerhin scheint der Widerstandswille des Verteidigungsbündnisses unter US-Führung zu erwachen.

«Russland ist zum Propagandisten des Faustrechts mutiert.»

Nicht so die Schweiz: Deren Regierung versteckt sich einmal mehr hinter dem warmen Ofen der Neutralität: Dabei ist die Schweiz keineswegs zur Gesinnungsneutralität verpflichtet. Das russische Muskelspiel stellt das Selbstbestimmungsrecht jedes kleinen Landes infrage. Gemäss Putins Logik teilen wie im 19. Jahrhundert ein paar Grosse die Welt untereinander auf. Das läuft schweizerischen Zielen diametral entgegen. Die Eidgenossenschaft ist fundamental an der Aufrechterhaltung einer regelbasierten internationalen Ordnung interessiert. Russland aber ist zum Propagandisten des Faustrechts mutiert. Umso unverständlicher ist es, dass Aussenminister Ignazio Cassis keinen einzigen substanziellen Satz zur aktuellen Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens in Europa über die Lippen bringt. Man fragt sich gemeinhin, wofür die Schweiz einen Aussenminister braucht, wenn er in solchen Situationen nichts zu sagen hat.

Nicht viel besser machen es Verteidigungsministerin Viola Amherd und

mit ihr die Armeespitze. Putins Panzershow wäre doch eine ideale Gelegenheit, den zweifelnden Schweizern den Sinn einer glaubwürdigen Landesverteidigung in Erinnerung zu rufen. Es wäre der Moment, darauf hinzuweisen, warum es den US-Kampfjet F-35 und damit verbunden eine Zusammenarbeit mit der Nato braucht. Stattdessen machen sie im VBS gerade Zünipause.

Der Mainstream hat sich getäuscht: Der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln scheint nicht aus Europa verschwunden, nur weil wir uns im verwöhnten Westen lieber mit veganer Ernährung beschäftigen. Die Erkenntnis bleibt bitter: Si vis pacem para bellum. Wenn du Frieden willst, sei bereit zum Krieg.



Stefan Schmid  
stefan.schmid@chmedia.ch

### Chefsache

## Welcome to Lucerne!

Touristischer Dichtstress! Die linke Ratsmehrheit des Stadtluzerner Parlaments verbietet der Luzerner Tourismus AG in Übersee zu werben. Zum Glück hat das Werbeverbot vorerst keine Folgen, da die Zentralschweiz nicht nur mit den 460 000 Franken aus der städtischen Vereinbarung vermarktet wird. Weiter wollen SP und Grüne, dass die Kurtaxen aus den Logiernächten nicht mehr nur in den Tourismus zurückfliessen, sondern auch direkt in die Stadtkasse. Die lokale Bevölkerung soll ebenso profitieren.

53 Prozent der Logiernächte kamen 2019 aus Asien und Amerika. Wenn die Zentralschweiz diese Segmente aus ökologischen Gründen nicht mehr vermarktet, dann werden die rund 3000 Hotelbetten der Stadt Luzern kälter und kälter. Restaurants, Bergbahnen, Schifffahrt, Läden, Ausflugsanbieter verbuchen sukzessive grosse Verluste, die Angebote werden ausgedünnt oder abgeschafft. Wie mit den

verlorenen Jobs und schwindenden Einnahmen für die öffentlichen Kassen umgehen? Offenbar irrelevant. Und auch Werte wie Weltoffenheit und Toleranz scheinen nur dann wichtig, wenn es den eigenen weltanschaulichen Kreis innerhalb der Stadtmauern betrifft.

Übertrieben und nicht überaus konstruktiv? Ja, in der Tat. Aber ohne bissige Polemik scheint es derzeit kaum noch möglich, der Parlamentsmehrheit ihre überbordenden Eingriffe aufzuzeigen. Sinnvolle Nachhaltigkeitbestrebungen im Tourismus sind das eine. Das andere sind ordnungspolitische und wirtschaftliche Realitäten. Wenn man diese schöne negiert, ist das schädlich.



Jérôme Martinu, Chefredaktor  
jerome.martinu@luzernerzeitung.ch

### Karikatur der Woche von Silvan Wegmann



GEMÄSS VERTEIDIGUNG VERSTAND VINCENTZ DAS NETZWERKEN SEHR BREIT...

Kommentar zum Solarkraft-Befehl von Bundesrätin Simonetta Sommaruga

## Es ist richtig, auf Wasser und Sonne zu setzen

Bringt Simonetta Sommaruga ihren Plan durch, wird sich das Erscheinungsbild unserer Dörfer und Städte markant verändern. Das Land wird überzogen mit Solarpanels auf Dächern und an Fassaden von Fabriken, Hochhäusern, von Ställen und Villen. Die Energieministerin will eine Solarpflicht für jeden Neubau.

Sie befiehlt eine Revolution, zu der das Volk schon vor vier

Jahren im Grundsatz Ja gesagt hat – in der Abstimmung über die «Energierategie 2050»: Es ist der Umbau unserer Energieversorgung. Weg von der Atomkraft, weg vom Erdöl.

Was damals in weiter Ferne schien («2050»), ist schon jetzt eines der drängendsten politischen Probleme. Wegen des Knatschs mit der EU, wegen unzuverlässiger Lieferungen aus dem Ausland und Kapriolen

am Strommarkt ist deutlich geworden, dass die Gefahr eines Blackouts kein Hirngespinnst ist. Der Um- und Ausbau unserer Stromversorgung eilt. Zögern kommt nicht in Frage.

Dass dabei die Wasserkraft und die Solarenergie im Zentrum stehen, ist vernünftig. Diese Energieträger stehen in der Schweiz ausreichend zur Verfügung, anders als Uran oder Erdgas. Die Sonnenkraft

praktisch unbegrenzt – auch wenn man das unter dem Hochnebel des Mittellandes manchmal kaum glauben mag.

Doch der Umbau hat seinen Preis: Ohne höhere und neue Talsperren sind die Ziele der Energiewende nicht zu erreichen. Es ist daher richtig, wenn nun die Bewilligungsverfahren, wie von Sommaruga vorgeschlagen, gestrafft werden, notabene ohne inhaltliche

Abstriche am Umweltschutzrecht. Die Gegner zusätzlicher Wasserkraftwerke verlieren nur die Möglichkeit, mit einer Serie von Einsprachen wichtige Projekte jahrelang gezielt zu verzögern, um deren Wirtschaftlichkeit zu torpedieren. Dafür ist es höchste Zeit!

Einen Preis hat auch der Ausbau der Sonnenenergie: Die Solarpflicht für sämtliche Neubauten ist ein starker

Eingriff in die Freiheit von Investorinnen und Investoren. Dass die Kosten bei den Steuern angerechnet werden können, ist dafür eine faire und nötige Kompensation.

Und Hand aufs Herz: Manch eine Industriefassade gewinnt, wenn man sie mit dezenten Solarpanels überzieht.

Stefan Bühler  
stefan.buehler@chmedia.ch